

Vorlage Stadtparlament

Datum 12. März 2019
Beschluss Nr. 2758
Aktenplan 152.15 Stadtparlament: Parlamentari-
sche Vorstösse

Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate 2019

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die nachstehenden parlamentarischen Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:

- 1. Ergänzung der Bauordnung
- 10. Waaghaus und Taubenloch fürs Volk!

2. Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:

- | | | |
|-------|---|----------------------------------|
| - 5. | Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz | um fünf Jahre (bis 2. Juli 2024) |
| - 9. | Energetische Sanierungsstrategie für städtische Liegenschaften | um zwei Jahre (bis 2. Juli 2021) |
| - 11. | Günstigen Wohnraum erhalten und neu schaffen! | um zwei Jahre (bis 2. Juli 2021) |
| - 16. | Eine echte grüne Insel beim Schibenertor | um vier Jahre (bis 2. Juli 2023) |

Das Geschäftsreglement des Stadtparlaments (sRS 151.1) definiert in seinen Artikeln 65 und 66, für welche Anliegen eine Motion und für welche Anliegen ein Postulat zulässig ist.

Mit einer **Motion** kann beantragt werden, dass der Stadtrat den Entwurf

- für eine Revision der Gemeindeordnung,
- für ein rechtsetzendes Reglement
- oder einen anderen in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallenden Beschluss vorlege.

Der Inhalt einer Motion muss also einen Sachverhalt betreffen, zu dessen Regelung das Stadtparlament zuständig ist. Für alle anderen Sachverhalte wäre eine Motion unzulässig.

Mit einem **Postulat** kann beantragt werden, dass der Stadtrat prüfe und Bericht erstatte, ob ein Entwurf

- für eine Revision der Gemeindeordnung
- oder den Erlass eines Reglements vorzulegen
- oder ob eine Massnahme zu treffen sei.

Im Unterschied zu einer Motion wird der Stadtrat also mit einem Postulat lediglich dazu verpflichtet, «zu prüfen, ob» etwas getan werden solle, und darüber Bericht zu erstatten; selbstverständlich kann er (freiwillig) im Postulatsbericht dann auch gleich einen konkreten Antrag stellen, wenn er während seiner Prüfung des Sachverhalts zum Schluss kommt, dass dies sinnvoll wäre. Ein weiterer Unterschied zu einer Motion besteht darin, dass es bei einem Postulat nicht um ein «rechtsetzendes» Reglement gehen muss (für deren Erlass das Stadtparlament zuständig ist), sondern einfach um ein «Reglement» gehen kann; es ist also denkbar, mit einem Postulat anzuregen, dass der Stadtrat prüft, ob er in seiner eigenen Kompetenz ein Reglement erlassen solle; der Postulatsbericht wird dann darüber Auskunft geben, aber nichts an der Kompetenzordnung ändern, dass der Stadtrat ein solches Reglement selber beschliessen würde und nicht dem Stadtparlament als Antrag unterbreiten müsste. Auch die dritte Möglichkeit für ein Postulat, «prüfen und Bericht erstatten, ob eine Massnahme zu treffen sei», ist ein Unterschied zu einer Motion: es ist nicht gefordert, dass es um einen Beschluss gehe, der in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fällt; der Postulatsbericht wird also darüber Auskunft geben, ob der Stadtrat selber oder eine einzelne Direktion eine Massnahme in eigener Kompetenz treffen werde.

Sowohl für eine Motion als auch für ein Postulat gilt ein zweistufiges Verfahren:

- in einem ersten Schritt hat der Stadtrat dazu Stellung zu nehmen, ob die eingereichte Motion bzw. das eingereichte Postulat «erheblich erklärt», d.h. weiterbearbeitet werden soll; der Stadtrat muss diese Stellungnahme spätestens für die dritte Stadtparlamentssitzung abgeben, welche jener Sitzung folgt, an welcher die Motion bzw. das Postulat eingereicht wird (Artikel 68 Geschäftsreglement Stadtparlament); die fachliche zuständige Kommission des Stadtparlaments wird diesen Antrag des Stadtrats zu Händen Parlamentsplenum vorberaten;
- nach erfolgter Erheblicherklärung soll der Stadtrat den erteilten Auftrag «zügig ausführen» (Artikel 71).

Falls eine erheblich erklärte Motion bzw. ein erheblich erklärtes Postulat mehr als zwei Jahre nach dem Datum der Erheblicherklärung noch anhängig ist, d.h. noch nicht nach der parlamentarischen Diskussion des entsprechenden Motions- bzw. Postulatsberichts «abgeschrieben» (d.h. als erledigt erklärt) worden ist, hat der Stadtrat die Verzögerung zu begründen und Antrag für das weitere Vorgehen, i.d.R. für eine Fristerstreckung zu stellen (Artikel 73b Absatz 2).

Solche Fristerstreckungen sind vor Ablauf der geltenden Frist zu beantragen und zum Beschluss durch das Stadtparlament vorzulegen; dies geschieht im Rahmen der jährlichen Berichterstattung des Stadtrats über die anhängigen Motionen und Postulate (Artikel 73b Absatz 1). Diese Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate wird jeweils für die Sitzung des Stadtparlaments vor den Sommerferien traktandiert, an welcher auch der Geschäftsbericht und die Rechnung des abgelaufenen Jahres behandelt werden.

Im folgenden Kapitel 2 wird nun der Stand der Arbeiten bei jeder einzelnen erheblich erklärten Motion bzw. bei jedem einzelnen erheblich erklärten Postulat erläutert und, falls nötig, ein Antrag gestellt.

A Motionen

1. Ergänzung der Bauordnung

erheblich erklärt am 21. Februar 2012; Fälligkeit 3. Juli 2019

Der Stadtrat wird beauftragt, den Entwurf für eine Bauordnungsrevision vorzulegen mit dem Ziel, Massnahmen zur Energieeffizienz und zur Energieerzeugung bei Neubauten, Umbauten und Sanierungen verstärkt zu ermöglichen und zu fördern. Zu berücksichtigen sind dabei berechnete nachbarliche Interessen, der Schutz des Altstadt- und Ortsbildes, eine gute gestalterische Einfügung sowie die übergeordnete Gesetzgebung.

Stellungnahme:

Die in der Motion explizit erwähnten Massnahmen sind mittlerweile aufgrund von Anpassungen im übergeordneten Recht umgesetzt und auf kommunaler Ebene direkt anwendbar. Im Rahmen des Motionsauftrags kann deshalb einzig noch geprüft werden, ob und in welchem Umfang bisher nicht explizit erwähnte Regelungen möglich resp. zweckmässig sind. In der Zwischenzeit konnten entsprechende Abklärungen getätigt werden. Dabei musste festgestellt werden, dass eine Anpassung im Sinne einer Teilrevision mit Blick auf die anstehende Gesamtrevision wenig zielführend ist. Vielmehr sollen die Anstrengungen auf die Gesamtrevision von Bauordnung und Zonenplan fokussiert werden, welche aufgrund des kantonalen Planungs- und Baugesetzes bis im Jahr 2027 ohnehin durchgeführt werden muss. Im Rahmen der Gesamtrevision werden Massnahmen zur Energieeffizienz und zur Energieerzeugung berücksichtigt.

Antrag:

Es wird beantragt, die Motion abzuschreiben.

2. Reglement über die Entschädigung des Stadtparlaments

erheblich erklärt am 28. März 2017; Fälligkeit 28. März 2019

Das Präsidium des Stadtparlaments wird gebeten, ein Reglement auszuarbeiten, welches die Entschädigung des Stadtparlaments sowie der parlamentarischen Kommissionen vorgibt.

Stellungnahme:

Das Präsidium des Stadtparlaments hat die Vorlage zur Erfüllung dieses Motionsauftrags an seiner Sitzung vom 13. November 2018 zuhanden Stadtparlament verabschiedet, aber auch festgelegt, dass die Vorlage vorderhand zurückgestellt wird, um sie dem Stadtparlament später, aber noch im ersten Semester 2019, zeitgleich mit der Vorlage des Stadtrats zum Postulat «Reglement über die Entschädigung von Verwaltungskommissionen» (siehe Ziffer 13 weiter unten) vorzulegen.

Antrag:

-

3. Neufassung «Reglement über Ruhegehalt und Entschädigungen bei Nichtwiederwahl von Angestellten (sRS 961.1)»

erheblich erklärt am 27. Juni 2017; Fälligkeit 27. Juni 2019

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, dem Parlament baldmöglichst Bericht zu erstatten und Antrag für ein neu zu erlassendes «Reglement über Ruhegehalt und Entschädigungen bei Nichtwiederwahl von Angestellten» [sRS 196.1] zu stellen. Das neue Reglement soll den Ansprüchen entsprechen, dass für ausscheidende Stadträte eine sozialverträgliche Lösung gefunden wird, welche die Anspruchsberechtigten nicht in eine finanzielle Schieflage geraten lässt, aber auch die Stadtkasse nicht mehr so stark und über einen langen Zeitraum belastet wird. Im Weiteren soll es eine sozialverträgliche Regelung bei Rücktritt aus Gesundheitsgründen, ohne dass Invalidität vorliegt, beinhalten. Zudem soll geprüft werden, unter welchen Voraussetzungen das neue Reglement eine Übergangsregelung vorsehen kann, welche es ermöglicht, dass die Personen, die momentan ihr Ruhegehalt aufgrund der aktuellen Regelung beziehen, ihr Ruhegehalt pro futuro nach der neuen Regelung erhalten.

Stellungnahme:

Der Motionsbericht ist in Arbeit und wird fristgerecht eingereicht.

Antrag:

-

B Postulate

4. Wildnispark Goldacher Tobel

erheblich erklärt am 4. April 2000; Fälligkeit 3. Juli 2019

Der Stadtrat wird eingeladen, in Koordination mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton eine Schutzverordnung zu erarbeiten.

Stellungnahme:

Die Schutzverordnung, welche im Herbst 2016 öffentlich auflag, bedarf aufgrund von Einsprachen, welche sich als berechtigt erweisen, gewisser Anpassungen. Nach Abschluss des Rechtsmittelverfahrens wird die Schutzverordnung dem Stadtparlament vorgelegt.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.

5. Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz

erheblich erklärt am 23. September 2008; Fälligkeit 31. Dezember 2019

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie sich der Platz um den Broderbrunnen attraktiver gestalten lässt. Besonderes Augenmerk soll dabei auf mehr Grünfläche und eine sickerfähige Bodenbeschaffenheit gelegt werden.

Stellungnahme:

Auf der Basis eines gesamtheitlichen Betriebs- und Gestaltungskonzeptes sollen die St.Leonhard-Strasse und der Obere Graben im Abschnitt Geltenwilenstrasse bis Schibenertor aufgewertet und neugestaltet werden. Das Parlament hat am 26. Februar 2019 das entsprechende Projekt für den ersten, westlichen Abschnitt gutgeheissen. Der in diesem Rahmen kommunizierte Zeitplan sieht vor, dass der Abschnitt «Zentrum Ost», der auch den Perimeter des Broderbrunnens beinhaltet, dem Stadtparlament innert drei bis fünf Jahren vorgelegt werden kann.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist des Postulates um fünf Jahre zu verlängern.

6. Museumskonzept «3 Museen – 3 Häuser»

erheblich erklärt am 16. Februar 2010; Fälligkeit 3. Juli 2020

Wir bitten den Stadtrat, ein Museumskonzept als Grundlage für weitere politische Entscheidungen zu erarbeiten, welches die folgenden Punkte mit einbezieht:

Wie sollen sich die Museen in Zukunft positionieren und wie sehen die Betriebskonzepte aus - mit klaren inhaltlichen Aussagen?

Mit welchen Investitionen rechnet der Stadtrat für den Neubau des Naturmuseums und den Umbau der drei bestehenden Häuser Kunklerbau, Völkerkundemuseum und Kirchhoferhaus?

Mit welchen Folgekosten für Unterhalt, Reparaturen und Hauswartkosten ist zu rechnen nach Realisierung sämtlicher Investitionen für die drei Häuser?

Welche finanziellen Mittel müssen in Zukunft für den Betrieb der Museen, die Pflege der Sammlungen und für zeitgemässe Ausstellungen für alle drei Häuser zusammen aufgewendet werden - inkl. finanzieller Verflechtungen zwischen Stiftung und Kunstverein (konsolidierte Darstellung)?

Mit welchen zusätzlichen Personalkosten ist zu rechnen?

Welche Strategie würde der Stadtrat verfolgen, sollten die Kosten die finanziellen Möglichkeiten der Stadt überschreiten?

Stellungnahme:

Die Strategie „3 Museen – 3 Häuser“ sieht einen Neubau für das Naturmuseum beim Botanischen Garten, den Umbau des Kunklerbaus sowie die Sanierung des Kirchhoferhauses zur alleinigen Nutzung durch das Kunstmuseum und die Sanierung des Historischen und Völkerkundemuseums vor.

Die Sanierung des Historischen und Völkerkundemuseums ist abgeschlossen. Der Neubau des Naturmuseums wurde im November 2016 eröffnet. Das Projekt Umbau Kunstmuseum befindet sich in einer Vorplanungsphase, es können deshalb keine präzisen Zahlen genannt werden. Im Rahmen der Vorlage „Subventionserhöhungen für das Naturmuseum und das Kunstmuseum für 2016 ff.“ (Vorlage Nr. 3375 vom 25. August 2015; vom Stadtparlament behandelt am 15. September 2015) wurde der Stand Sommer 2015 aller drei Museen dargelegt. Die Investitions- und Betriebskosten für das „neue“ Kunstmuseum können erst im Rahmen der Projektierung des Umbaus des Kunstmuseums und der Erneuerung des Kirchhoferhauses präzisiert werden.

Es ist vorgesehen, das Postulat im Zusammenhang mit dem Baukredit Umbau Kunstmuseum und Erneuerung Kirchhoferhaus abzuschreiben.

Antrag:

-

7. Baukultur: Innovation ohne Reue

erheblich erklärt am 21. Mai 2013; Fälligkeit 4. Juli 2019

Der Stadtrat wird ersucht, dem Stadtparlament einen Bericht über die städtische Denkmalpflege und deren Position innerhalb einer vorausschauenden, ganzheitlichen Stadtplanung (Strategie, Ziele, Verfahren, Möglichkeiten, Sanktionen) vorzulegen und gegebenenfalls Antrag zu stellen.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Arbeit und wird fristgerecht eingereicht.

Antrag:

-

8. Einführung Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)

erheblich erklärt am 11. März 2014; Fälligkeit 31. Dezember 2020

Der Stadtrat wird beauftragt, die Einführung eines integrierten Aufgaben- und Finanzplans zu prüfen und entsprechend Antrag zu stellen.

Stellungnahme:

Mit dem integrierten Aufgaben- und Finanzplan IAFP werden Aufgaben und Finanzen verknüpft, um ein stärkeres Bewusstsein für strategische Entwicklungen in einem Gemeinwesen entstehen zu lassen. Pro Aufgabe wird analysiert, wie sich Umfang und Qualität der erwarteten Leistungen in den kommenden Jahren (Periode wird vorgängig definiert, normalerweise 3 bis 5 Jahre) voraussichtlich verändern werden. Grundvoraussetzung ist neben den Grundsatzentscheiden der politischen Führung sowie der Verwaltungsführung auch die genaue Definition sämtlicher Aufgabenbereiche pro Dienststelle der Stadt, welche die Basis bilden für eine Kostenstellenstruktur. Das mittlerweile 20jährige VRSG-System bietet dafür keine Entwicklung mehr. Bis der Rechtsstreit zwischen Gemeinden und Abacus nicht geklärt ist, kann kein neues Enterprise Resource Planning – Tool (ERP) eingeführt werden, was aber Voraussetzung für die effiziente Gestaltung und das Handling eines IAFP wäre. Die Vorbereitungen für die Einführung einer Kostenrechnung sind im Gang.

Antrag:

-

9. Energetische Sanierungsstrategie für städtische Liegenschaften

erheblich erklärt am 19. Mai 2015; Fälligkeit 3. Juli 2020

Der Stadtrat sei daher ersucht, Bericht zu erstatten über eine systematische, nicht nur ökologisch, sondern auch zu verantwortende energetische Sanierung der städtischen Liegenschaften (evtl. im Rahmen einer definierten „energetischen Sanierungsstrategie“ laut Energiekonzept³ 2050 und evtl. mittels eines entsprechenden Rahmenkredits) und gegebenenfalls Antrag zu stellen.

Stellungnahme:

Im Sinne seiner Legislaturziele 2017-2020 hat der Stadtrat die Ausarbeitung einer Liegenschaftsstrategie in die Wege geleitet. Im Rahmen der Erarbeitung dieser Strategie werden derzeit die Gebäude im Finanzvermögen einer umfassenden Zustandsanalyse unterzogen. Diese Analyse wird es erlauben, neben dem baulichen Zustand auch ökologische und wirtschaftliche Aspekte der Gebäude und Liegenschaften zu erfassen und diese über den gesamten Gebäudebestand statistisch auszuwerten. Dazu gehören auch Aspekte des nachhaltigen Bauens sowie eine energetische Betrachtung im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft. Erste Aussagen über den gesamten Gebäudebestand können mit der vollständigen Inventarisierung der Hauptobjekte (also ohne Kleinst- und Nebengebäude) 2021 erwartet werden.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist des Postulates um zwei Jahre zu verlängern.

10. Waaghaus und Taubenloch fürs Volk!

erheblich erklärt am 12. Januar 2016; Fälligkeit 4. Juli 2019

Wir laden den Stadtrat ein, zu prüfen, welche Möglichkeiten in baulicher, finanzieller und zeitlicher Hinsicht bestehen

1. das Erdgeschoss des Waaghauses im Sinne eines ständigen Marktes zu nutzen,
2. den Rest des Waaghauses einer nach Möglichkeit privat organisierten gastronomischen, kulturellen oder sonstigen Nutzung zuzuführen und
3. das Taubenloch im Rahmen anstehenden Umgestaltung / Sanierung des Markplatzes baulich so zu verändern, dass es neu insbesondere für Veranstaltungen genutzt werden könnte, welche bislang im Waaghaus stattfanden.

Stellungnahme:

Der Wettbewerb zur Neugestaltung von Marktplatz und Bohl, der im Jahr 2018 durchgeführt wurde, hat das Waaghaus als Standort für den ständigen Markt in St.Gallen explizit ausgenommen. Das Gewinnerprojekt «Vadian», welches von der Wettbewerbsjury zur Weiterbearbeitung empfohlen wurde, situiert den ständigen Markt mittels einer Pavillonlösung auf dem Marktplatz.

Mit dem parlamentarischen Auftrag, die dringendsten Mängel des Waaghauses zu beheben (Vorlage des Stadtrats Nr. 4745 vom 22. September 2016; vom Stadtparlament unverändert beschlossen an seiner Sitzung vom 2. November 2016), sollte das Gebäude für die nächsten zehn Jahre ertüchtigt werden. Mit Bauabschluss im Sommer 2017 sind die Oberflächen und das Mobiliar aufgefrischt, die Beleuchtung ergänzt, der Personenschutz normkonform, die Haustechnik

saniert, die Hindernisfreiheit mit Treppenlift und neuer Toilette gewährleistet, die sanitären Anlagen überholt. Damit ist aber eine dauerhafte Nutzung sowohl des offenen Erdgeschosses als auch des Obergeschosses durch Dritte mittelfristig weder sinnvoll noch vorgesehen. Bis auf Weiteres werden die zuständigen städtischen Stellen Erdgeschoss und Obergeschoss wie bis anhin bewirtschaften und für private und öffentliche Anlässe zur Verfügung stellen.

Uniongebäude und Blumenmarkt sind dem Perimeter der gemeinsamen «Neuen Bibliothek» von Kanton und Stadt zugeschlagen. Das Taubenloch soll damit, mit der Ausnahme einer WC-Anlage für Marktfahrende, ausschliesslich der Bibliothek zur Verfügung stehen. Der Wettbewerb für die neue Bibliothek soll im Jahr 2019 durchgeführt werden.

Der dreiteilige Postulatsauftrag ist daher obsolet geworden.

Antrag:

Es wird beantragt, das Postulat abzuschreiben.

11. Günstigen Wohnraum erhalten und neu schaffen!

erheblich erklärt am 23. Februar 2016; Fälligkeit 3. Juli 2020

Wir bitten daher den Stadtrat, zu den folgenden Fragen Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Antrag zu stellen:

1. In welchem Ausmass will die Stadt auch in Zukunft selber genügend günstige Wohnungen anbieten? Was für eine Strategie verfolgt die Stadt dabei?
2. Wo und in welchem Ausmass wird in nächster Zeit (Zeitraum 10-15 Jahre) günstiger Wohnraum in stadteigenen Liegenschaften abgebrochen oder umgenutzt?
3. Wo und wie ist im erwähnten Zeitraum bei stadteigenem Wohnraum mit jetzt einfachem Ausbaustandard eine Verdichtung vorgesehen? Wird damit günstiger Wohnraum geschaffen oder vernichtet?
4. Was unternimmt die Stadt, um weiterhin genügend Wohnraum, mit einfachem Ausbaustandard und damit günstigem Mietzins selber anbieten zu können?

Stellungnahme:

Für eine zielgerichtete Stadtentwicklung ist es bedeutsam, Kenntnisse über den baulichen Wohnraumbestand, Potenziale und Ansprüche der jetzigen und zukünftigen Wohnraumnutzen- und der Anbietenden zu kennen, um daraus die entsprechenden Massnahmen ableiten zu können. Zu quantitativen Indikatoren wie bspw. der Anzahl, den Grössen und dem Alter der Wohnbauten sind gute Datengrundlagen vorhanden. Fragen zur Qualität im Allgemeinen, zum Aufwertungsbedarf, zu Infrastrukturausstattungen, Wohntrends und zur Nachfrage nach speziellen Wohnformen, zu verfügbaren Bauland- und Verdichtungspotenzialen und den Qualitäten des Wohnumfelds lassen sich auf der Basis von vorhandenen statistischen Daten bisher jedoch nur unzureichend beantworten. Die vom Stadtrat in die Wege geleitete Wohnraumstrategie ist nun in Bearbeitung und versucht, in Teilprojekten die benötigte Datengrundlage bereitzustellen. Das Projekt wird in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 die nötigen Erkenntnisse liefern und eine konsistente Wohnraumstrategie aufzeigen. Gleichzeitig wurde mit Blick auf die Erarbeitung einer Liegenschaftenstrategie eine umfassende Zustandsanalyse der städtischen Im-

mobilien in die Wege geleitet. Die Ergebnisse dieser Analyse sollen in die Arbeiten zur Wohnraumstrategie einfließen. Eine Beantwortung der mit dem Postulat gestellten Fragen zu «günstigem Wohnraum» in der Stadt und der diesbezüglichen Strategie erscheint erst nach Abschluss der Arbeiten zur Wohnraumstrategie sinnvoll.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist des Postulates um zwei Jahre zu verlängern.

12. Umgang mit unternehmerischen Risiken bei der Energiebeschaffung in der sgsw
erheblich erklärt am 22. März 2016, Fälligkeit 3. Juli 2019

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, über die Tätigkeit der sgsw im Allgemeinen und über die Energiebeschaffung im Besonderen eine Risikoanalyse vorzunehmen und dem Parlament allenfalls entsprechende Anträge zu stellen. Dabei soll insbesondere die Frage beantwortet werden, ob für die Tätigkeit der sgsw hinsichtlich der Risiken das "Kleid" der unselbständigen öffentlich-rechtlichen Unternehmen (noch) angemessen ist.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Arbeit und wird fristgerecht eingereicht.

Antrag:

-

13. Reglement über die Entschädigung von Verwaltungskommissionen
erheblich erklärt am 28. März 2017, Fälligkeit 28. März 2019

Der Stadtrat wird gebeten, ein Reglement auszuarbeiten, welches die Entschädigung sämtlicher Kommissionen und Gremien der Stadt St. Gallen vorgibt.

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, ob ein Reglement auszuarbeiten sei, welches die Entschädigung sämtlicher Kommissionen und Gremien der Stadtverwaltung St. Gallen vorgibt.

Stellungnahme:

Die Vorlage zur Erfüllung dieses Postulatsauftrags soll dem Stadtparlament noch im ersten Semester 2019 unterbreitet werden.

Antrag:

-

14. Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und Beistandschaften der Sozialen Dienste St.Gallen (SDS); Unabhängigkeit zu den Sozialen Diensten St.Gallen (SDS)

erheblich erklärt am 27. März 2018; Fälligkeit 27. März 2020

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat, Bericht zu erstatten über die Erfahrungen mit dem aktuellen System der KESB und der Berufsbeistandschaft. Zudem soll der Stadtrat die vom Gesetz geforderte Unabhängigkeit der KESB und der Berufsbeistandschaften gegenüber der Sozialen Dienste (SDS) neu regeln und gewährleisten.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Arbeit und wird fristgerecht eingereicht.

Antrag:

-

15. Partizipation suchen – Reglement revidieren

erheblich erklärt am 26. Juni 2018; Fälligkeit 26. Juni 2020

Der Stadtrat wird eingeladen, die städtische Partizipation umfassend zu prüfen und Bericht darüber zu erstatten, ob – und falls ja welche – gesetzliche Anpassungen bzw. weiteren Massnahmen angezeigt sind.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Arbeit und wird fristgerecht eingereicht.

Antrag:

-

16. Eine echte grüne Insel beim Schibenertor

erheblich erklärt am 26. Juni 2018; Fälligkeit 26. Juni 2020

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, Bericht zu erstatten und eventuell Antrag zu stellen, wie:

- a) er gedenkt, dem Grabenstatut gerecht zu werden im Gebiet der Platanengruppe am Schibenertor?
- b) er den Wert der Platanengruppe in ökologischer, schützenswerter Art gemäss Ortsbild und mikroklimatischer Wichtigkeit beurteilt?
- c) er die Sicherheit des Zugangs zu den Parkplätzen und der Verkehrssicherheit allgemein für den rollenden Verkehr, durch die rückwärts hinausparkierenden Autos beurteilt?
- d) er sich vorstellen kann, diese Plataneninsel zu einer wirklich grünen Insel aufzuwerten und damit einen Kontrapunkt zu setzen in städtebaulicher Gestaltungsqualität an dieser Schlüsselstelle?

Stellungnahme:

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 12. Oktober 2018 die zwölf Parkplätze auf dem Oberen Graben, Abschnitt Bahnhofstrasse bis Poststrasse, und damit auf der «grünen Insel» beim Schibenertor aufgehoben. Die Verkehrsanordnung ist zurzeit aufgrund des laufenden Rechtsmittelverfahrens hängig. Die «grüne Insel» beim Schibenertor bildet den westlichen Vorraum des Uniongebäudes. Dieses soll dem Projekt «Neue Bibliothek», welches einen Zusammenschluss von städtischer und kantonaler Bibliothek vorsieht, als Standort dienen. Der Wettbewerb für dieses Projekt soll im Jahr 2019 durchgeführt werden. Gleichzeitig hat der Stadtrat auf der Basis eines gesamtheitlichen Betriebs- und Gestaltungskonzeptes die Aufwertung und Neugestaltung der St.Leonhard-Strasse und des Oberen Grabens im Abschnitt Geltenwilenstrasse bis Schibenertor in die Wege geleitet. Das Parlament hat am 26. Februar 2019 das entsprechende Projekt für den ersten, westlichen Abschnitt gutgeheissen. Der in diesem Rahmen kommunizierte Zeitplan sieht vor, dass der Abschnitt «Ost», der auch den Perimeter der «grünen Insel» beim Schibenertor beinhaltet, dem Stadtparlament innert drei bis fünf Jahren vorgelegt werden kann. Eine Neu Beurteilung der «grünen Insel» beim Schibenertor wird erst mit Beendigung des Rechtsmittelverfahrens sowie mit Kenntnis um die zukünftige Gestaltung von Union und Oberem Graben möglich.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist um vier Jahre zu verlängern.

17. Ein Familienzentrum für die Stadt St.Gallen

erheblich erklärt am 28. August 2018; Fälligkeit 28. August 2020

Aus diesen Gründen wird der Stadtrat eingeladen, folgende Fragen zu beantworten:

1. Besteht in der Stadt St.Gallen das Potenzial für ein Familienzentrum? Was sind die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Modelle? Was sind mögliche öffentliche und private Träger eines solchen Zentrums?
2. Welche Angebote für Familien, die in der Stadt St.Gallen bestehen, könnten in einem Familienzentrum zusammengeführt werden? Könnten ergänzende Angebote wie z.B. Weiterbildung, kinderärztliche Versorgung, Tauschbörsen, Elternkafi integriert werden?
3. Welche zentral gelegenen Standorte würden sich für ein Familienzentrum eignen (z.B. Hauptpost, Neumarkt, Stadtbibliothek Katharinen, ehemaliger Standort Kinderspital)? Lassen sich allenfalls weitere städtische Institutionen mit einem Bezug zu Familien (z.B. Soziale Dienste) räumlich integrieren?
4. Welche Synergien könnten durch ein Familienzentrum realisiert werden (z.B. gemeinsame Infrastruktur, gemeinsame Telefonzentrale und gemeinsames Personal)? Könnten durch ein Familienzentrum Doppelspurigkeiten bei den Angeboten und damit Kosten reduziert werden?
5. Wie hoch wären die Gesamtkosten (Investitionen und Betrieb) eines Familienzentrums unter Berücksichtigung der möglichen Einsparungen und Synergien zu veranschlagen? Welche öffentlichen und privaten Institutionen kommen als Kostenträger in Betracht?

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Arbeit und wird fristgerecht eingereicht.

Antrag:

-

18. Überprüfung der Mutationen

erheblich erklärt am 20. November 2018; Fälligkeit 20. November 2020

Der Stadtrat wird daher eingeladen, im Rahmen einer umfassenden Berichterstattung und gestützt auf detaillierte und aktuelle Zahlen folgende Fragen zu beantworten:

1. Aus welchen Gründen erfolgen die Zu- und Wegzüge der Bürgerschaft?
2. Welche Gründe sind für den Stadtrat gestützt auf diese Erhebung für den Bevölkerungsrückgang ausschlaggebend?
3. Mit welchen Massnahmenpakete kann auf die ausschlaggebenden Gründe Einfluss genommen werden, damit die Stadt in den kommenden Jahren wieder ein Bevölkerungswachstum aufweist?

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Arbeit und wird fristgerecht eingereicht.

Antrag:

-

19. Schutz unserer Polizeibeamter – Prüfung des Einsatzes von «Bodycams»

erheblich erklärt am 26. Februar 2016; Fälligkeit 26. Februar 2021

Der Stadtrat wird daher eingeladen, im Rahmen einer umfassenden Berichterstattung folgende Fragen zu beantworten:

1. Kann sich der Stadtrat vorstellen, für das Korps der Stadtpolizei St. Gallen solche Bodycams anzuschaffen? Wie beurteilt er die Notwendigkeit in der heutigen Zeit?
2. Wo sieht der Stadtrat die Gefahren des Einsatzes von Bodycams (Datenschutz, Wahrung der Privatsphäre etc.)? Wie kann diesen Gefahren angemessen begegnet werden?
3. Welche anderen Polizeikorps in der Schweiz und allenfalls im Ausland setzen schon heute auf die Technologie von Bodycams?
4. Welche Modelle für den Betrieb von Bodycams kämen in Frage (Dauerbetrieb; Einsatz nur bei Gefahrenpotential; Einsatz durch Einschalten durch Beamter oder Einsatzleiter etc.)?
5. Welche gesetzlichen Grundlagen wären für den Einsatz von Bodycams zu schaffen?
6. Welche Kosten sind mit der Anschaffung und dem Betrieb von Bodycams verbunden?

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Arbeit und wird fristgerecht eingereicht.

.

Antrag:

-

Der Stadtpräsident:
Thomas Scheitlin

Die Stadtschreiber-Stellvertreterin:
Jennifer Abderhalden